



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

wenn wir über Vorbeugung sprechen, über Bildung, Betreuung, frühe Hilfen für Familien und handlungsfähige Kommunen, dann geht es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. NRW fit zu machen für die Zukunft, das ist ein zentraler Baustein unseres politischen Handelns. Und diese Zukunftsfähigkeit gilt es auch finanziell herzustellen. Deshalb sind wir uns einig, dass wir im Jahr 2020 die Null-Neuverschuldungsgrenze erreichen wollen – und wir werden sie auch erreichen. Wir haben immer gesagt, dass das nicht einfach wird. Denn wir haben uns vorgenommen, in dieser Legislaturperiode aufwachsend eine Milliarde strukturell einzusparen. Und das wird an vielen Stellen auch weh tun, denn Einsparungen, die niemand merkt, kann es nicht geben. Aber wir bleiben auch bei unserem politischen Dreiklang. Das heißt: Einsparungen, an den richtigen Stellen investieren, in Kinder, Bildung und in Vorbeugung, und die Einnahmen erhöhen. Das bleibt politische Linie der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen.

Vor wenigen Tagen hat das Kabinett der Landesregierung den Haushaltsentwurf 2013 beschlossen. Der Etatentwurf sieht für das kommende Jahr Einsparungen von rund einer Milliarde Euro vor. Dazu trägt eine globale Minderausgabe von 550 Millionen Euro über alle Ressorts bei.

Darüber hinaus müssen 280 Millionen Euro durch Einsparungen in den Ressorts direkt erwirtschaftet werden. Dazu kommen weitere 152 Millionen Euro an strukturellen, also dauerhaften Einsparungen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht aber auch fest: Die Senkung der Neuverschuldung und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Betreuung und Kommunen müssen vereinbar bleiben. Wir sparen mit Augenmaß und nicht mit dem Rasenmäher. Dafür steht die Sozialdemokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir machen eine Politik, die den Menschen und nicht den Markt in den Mittelpunkt stellt. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, das letzte Kita-Jahr beitragsfrei gestellt, die Mitbestimmung gestärkt und vieles andere mehr. Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder endlich alle Chancen bekommen. Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg. Um diesen Kurs fortzusetzen, müssen wir weiterhin so einig und geschlossen agieren, wie wir das in den letzten Monaten und Jahren getan haben. Und wir dürfen dabei nicht nachlassen, sondern müssen weiterhin Tag für Tag für unsere gemeinsamen Werte arbeiten.

Eure
Hannelore

NRW WIRD OFFENER UND TRANSPARENTER

„Modernes Regieren im digitalen Zeitalter“ – so ist ein Antrag überschrieben, mit dem die SPD im Düsseldorfer Landtag eine offenere Politik umsetzen will. Ziel ist es, politische Entscheidungen transparenter zu machen sowie Bürgerinnen und Bürger vermehrt an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Konkret geht es beispielsweise darum, die Meinungen und das Wissen der Menschen im Rahmen von sogenannten Online-Konsultationen zu erfragen und dann in die politische Arbeit zu integrieren.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden bereits eine Reihe dieser Online-Konsultationen erfolgreich durchgeführt. So wurden Vorschläge und Anregungen zur Entwicklung des Medienpasses, zur Eine-Welt-Strategie und zum Jugendmedienschutz gesammelt und diskutiert. Hieran haben sich neben Bürgerinnen und Bürgern auch viele Fachleute und Verbände beteiligt.

Nicht nur die Teilhabe an politischen Entscheidungen soll erleichtert, auch vorhandene Daten der Landesverwaltung sollen künftig frei zur Verfügung gestellt werden. Hinter dem Begriff „Open Data“ steht dabei die Idee, dass die Vielzahl von vorhandenen Daten mit Hilfe von Steuer-

geldern erhoben wurde und somit den Menschen in NRW frei zugänglich sein müssen. Aus den Daten können sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen neue Anwendungen sowie neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Die Bereitstellung von frei zugänglichen Daten ist somit auch aus wirtschaftlicher Perspektive sinnvoll.

Gebündelt werden soll das Daten- und Informationsangebot auf einer Online-Plattform. Natürlich sind personenbezogene und sicherheitsrelevante Daten von der Freigabe ausgenommen.

Rund 80 Prozent der Haushalte in NRW haben heute bereits einen Internetzugang. Die SPD-Fraktion will aber auch gleichzeitig die Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen verbessern, die noch nicht über die technische Ausstattung oder die Medienkompetenz verfügen, sich online an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Um eine offenere und transparentere Politik im Sinne von „Open Government“ umzusetzen, bedarf es aber auch eines Kulturwandels innerhalb der Verwaltung. Dieser wird ein fortlaufender Prozess werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen überzeugt und geschult werden.

Der Antrag der Regierungskoalition im Landtag zeigt: Die SPD in NRW gestaltet eine offenere Politik. In diesem Sinne machen wir Betroffene zu Beteiligten und erhöhen die Akzeptanz für unsere Entscheidungen. ■



Alexander Vogt MdL,
Medienpolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion

DER ROTE RUCKSACK — EINE GUTE IDEE SETZT SICH DURCH

Oliver Kaczmarek, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Unna I, ist leidenschaftlicher Wanderer. Und als solcher trägt er stets seine wichtige Ausrüstung in einem Rucksack mit sich. Dies hat ihn dazu inspiriert, sich auch für seinen politischen Weg einen Rucksack zuzulegen. Daraus wurde der „Rote Rucksack“: als Symbol und ständiger Begleiter der politischen Arbeit von Oliver Kaczmarek.

„Mir ist es wichtig zu wissen, was die Menschen bewegt und wo sie der Schuh drückt. Sie einzubeziehen, wenn es um Sachfragen oder die Meinungsbildung zu parlamentarischen Entscheidungen geht, gehört für mich zum Rüstzeug, mit dem ich als Abgeordneter und Sozialdemokrat meinen Wahlkreis in Berlin verrete“, erklärt Oliver Kaczmarek. Der „Rote Rucksack“ ist Symbol der auf Dauer angelegten Kampagne, die einlädt, zu vielfältigen Themen Stellung zu beziehen. Veranstaltungen, Fachgespräche und andere Aktionen sind Plattformen für diesen Diskurs. Zudem können auf www.roter-rucksack.de eigene Vorschläge eingesandt und andere bewertet werden. Einen besonderen Teil aber nehmen die Wanderungen ein. Unter dem Motto „Orte aufsuchen, an denen Besonderes geleistet wird“, macht sich Oliver Kaczmarek zu Fuß auf den Weg und trifft Menschen, die sich für ihre Stadt engagieren, ihre Ideen zu konkreten Themen mitgeben oder ihn einfach nur kennen lernen wollen. Naturschutzflächen des örtlichen NABU, Einrichtungen der Kirchen, Sportvereine, Feuerwehren, Bürgertreffs, Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt u.v.m. waren die Ziele. Oliver Kaczmarek hört zu und nimmt Eindrücke und Erfahrungen mit, aus denen sich Probleme und Bedürfnisse, aber auch Erfolge ableiten lassen.



Oliver Kaczmarek, gemeinsam mit „Roter-Rucksack“-Wanderern im Elsebad Schwerte, das von einem ehrenamtlichen Verein betrieben wird

„Neben den Wanderungen liegt mir besonders am Herzen, Praxistage in Einrichtungen und Institutionen meines Wahlkreises zu absolvieren, um den dortigen Arbeitsalltag aus nächster Nähe zu erfahren“, führt Oliver Kaczmarek aus. „So konnte ich mir im vergangenen Jahr ein Bild von Inklusiver Bildung machen. Das Montessori-Kinderhaus in Unna hatte mich eingeladen, den Alltag in einer Kindertageseinrichtung kennenzulernen, die sich das gemeinsame Leben und Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung auf die Fahne geschrieben hat. Zudem habe ich zwei Förderschulen und zwei Krankenhäuser intensiv erlebt“, berichtet Oliver Kaczmarek. Erkenntnisse aus diesen Praxistagen sind direkt in einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion eingeflossen.

Die gute Idee von Oliver Kaczmarek hat nicht nur in seinem Wahlkreis großen Anklang gefunden. Mittlerweile haben SPD-Politiker im ganzen Land diese Idee aufgegriffen und touren mit ihren Rucksäcken durch die Wahlkreise. ■



Birgit Sippel,
Mitglied des
Europäischen
Parlamentes

EU-REGIONALPOLITIK: BEDÜRFNISSE DER REGIONEN WERDEN ERNST GENOMMEN

Dagegen haben wir uns gewehrt, weil sich die Bedürfnisse der Regionen durch diese starre Vorgabe nicht erfüllen lassen. Das Europäische Parlament hat durchgesetzt, dass die Ziele der Regionalpolitik flexibel in den Regionen vor Ort angepasst werden können.

Was konkret in NRW mit den EU-Fonds in der neuen Förderperiode 2014–2020 passieren soll, legt derzeit die Landesregierung mit dem sogenannten Operationellen Programm fest. Die Schwerpunkte sind jedoch bereits klar: Forschung und Innovation, Wettbewerbsförderung für KMU, Bildung und Kompetenzentwicklung einschließlich Beschäftigungs- und Fachkräftesicherung sowie Energieeffizienz und Klimaschutz.

Ohne soliden Finanzbeitrag können jedoch gute Programme nicht umgesetzt werden. Die Europäische Kommission plant für die Jahre 2014–2020 Ausgaben von ungefähr 336 Milliarden Euro im Bereich der Struktur- und Regionalpolitik. Entscheidend für die Umsetzung ist jedoch, wie die EU insgesamt finanziell ausgestattet ist und wie viel dabei auf die EU-Regionalpolitik entfällt. Dies entscheiden die Verhandlungen über den sogenannten „mehrjährigen Finanzrahmen“, und die Bundesregierung will bisher ihre Beiträge aus dem Bundeshaushalt kürzen.

Die Verhandlungen sind auch für NRW wichtig. Denn nur wenn Gelder aus den Hauptstädten Brüssel erreichen, können sie auch in Förderprogrammen in Nordrhein-Westfalen wieder ankommen. Lediglich durch einen gesicherten EU-Beitrag können Arbeitsmarktprogramme in NRW gestartet und die Strukturförderung in den Regionen weiter vorangetrieben werden. ■

Als Kommissar Johannes Hahn am 6. Oktober 2011 den neuen Vorschlag für die Ausgestaltung der EU-Regionalpolitik vorlegte, wurde schnell klar: Die EU-Kommission will eine klare Beschränkung der Förderziele auf Energieeffizienz, Innovation und Stadtentwicklung, jeweils mit prozentualen Höchst- und Mindestquoten.

DIE NRWSPD GRATULIERT IM NOVEMBER ...

... ZUM GEBURTSTAG

100 Jahre: Hanne Böhmfeldt
Maria Fuenders
Bruno Krüger
Margarete Lehr

98 Jahre: Heinz Glunz

97 Jahre: Friedrich Redmer

96 Jahre: Resi Kästingschäfer

95 Jahre: Margret Krichel
Sophie Oltmann

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

84 Jahre: Luise Glauer

65 Jahre: Frieda Schauer

60 Jahre: Helmut Dobert
Heinz Kalwe
Hans van Bebber
Karl Heinz Wiegand

55 Jahre: August Bröker
Heinz Feierabend
Helmut Grimm
Rolf Schilling
Horst Steinkühler
Waltraud Ziegenhain

50 Jahre: Willi Glatfeld
Harald Heinze
Wilhelm Klinkhammer

ARBEITSGEMEINSCHAFT „MIGRATION UND VIELFALT“ IM UNTERBEZIRK DÜSSELDORF GEGRÜNDET



Neu gegründet: die AG „Migration und Vielfalt“ im Unterbezirk Düsseldorf

Die SPD-Düsseldorf hat einen Plan zur politischen Rückeroberung der Landeshauptstadt – die so genannte „Rot-Mäpp“. Einen wichtigen Meilenstein markiert darauf die Integrationspolitik. Infolge des kürzlich beschlossenen Eckpunkteplans wurde nun die neue AG „Migration und Vielfalt“ gegründet. Als erste Vorsitzende der AG wurde die Landtagsabgeordnete Walburga Benninghaus gewählt. Sie ist Mitglied im Integrationsausschuss des Landtags und weiß genau, warum gerade in Düsseldorf die Integrationspolitik ein wichtiges Feld ist: „Unsere Stadt hat landesweit die größte Vielfalt an unterschiedlichen Herkunftskulturen. Dieser kulturelle Reichtum ist entscheidend für die Zukunft Düsseldorfs!“

Im Dialog mit Vereinen und Verbänden sollen die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer nun Ideen und Konzepte für eine sozialdemokratische Integrationspolitik erarbeiten. Diese geht vom Grundsatz aus, dass nicht eine Minderheit sich an eine Mehrheit anpassen soll, sondern ein neues gesellschaftliches Ganzes geschaffen werden muss. ■

„WIR WERDEN DAS DERZEITIGE SICHERUNGSNIVEAU BIS 2020 AUFRECHTERHALTEN.“ EINSTIMMIGER BESCHLUSS DER NRWSPD ZUM THEMA RENTE

Ende Oktober kam in Düsseldorf der Landesparteirat der NRWSPD zusammen. Einziges Thema war die aktuelle Diskussion zur Zukunft der Alterssicherung im Vorfeld des Parteikonvents Ende November in Berlin. Nach einer breiten und offenen Diskussion wurde ein einstimmiger Beschluss gefasst, der unmissverständlich klarmacht: Wir werden das derzeitige Sicherungsniveau bis

2020 aufrechterhalten. Um dieses Niveau zu erhalten, werden wir alle notwendigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie sozialversicherungsrechtlichen Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören z. B. ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sowie die Sozialversicherungspflichtigkeit der Entgeltumwandlung. Eingriffe in die gesetzlichen Grundlagen der Rente, wie die Rentenformel, können dabei immer nur die letzte Möglichkeit sein. Das Diskussionsergebnis des SPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen bildet eine fundierte Grundlage für den weiteren Beratungsprozess, um am 24. November beim Parteikonvent der Bundes-SPD in Berlin einen guten und konsensualen Antrag zur Rente zu beschließen, mit dem wir selbstbewusst in das kommende Bundestagswahljahr gehen können.

Unseren kompletten Renten-Beschluss findet ihr im Netz auf unserer Webseite unter: www.nrwspd.de. ■

**Einig und geschlossen
nach breiter und offener
Diskussion: Die NRWSPD mit
einstimmigem Beschluss zur
Zukunft der Rente**



KURZ NOTIERT

WAHLERGEBNISSE AUS DEN REGIONEN

NORBERT RÖMER BLEIBT VORSITZENDER DER SPD-REGION WESTLICHES WESTFALEN

Die Delegierten stimmten mit 93,5 Prozent für den Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Soest. Römer ist seit 2002 Vorsitzender der Region Westliches Westfalen, seit 2004 Schatzmeister des SPD-Landesverbandes NRW und seit 2010 SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von NRW.

BRITTA ALTENKAMP ERNEUT ZUR VORSITZENDEN DER SPD-REGION NIEDERRHEIN GEWÄHLT

Britta Altenkamp ist stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD und vertritt seit dem Jahr 2000 als Landtagsabgeordnete ihren Wahlkreis in Essen. Sie ist seit 2004 Vorsitzende der SPD-Region Niederrhein und wurde nun mit 92,9 Prozent für zwei weitere Jahre in ihrem Amt bestätigt.

DIETMAR NIETAN WEITERHIN VORSITZENDER DER SPD-REGION MITTELHEIN

Dietmar Nietan aus dem Kreis Düren war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2005 und ist es wieder seit 2009. Seit 2005 ist er Vorsitzender der SPD-Region Mittelrhein und Mitglied im Präsidium der NRWSPD. Mit 92,2 Prozent wählten ihn die Delegierten erneut zum Vorsitzenden.

ERNST-WILHELM RAHE IST NEUER CHEF DER SPD-REGION OWL

Mit 92 Prozent wählten die Delegierten des SPD-Regionalparteitags Ernst-Wilhelm Rahe zum neuen Vorsitzenden der SPD Region OWL. Der Landtagsabgeordnete aus Minden und Beisitzer im Landesvorstand der NRWSPD übernimmt das Amt von Ute Schäfer, die sich auf ihre Aufgabe als NRW-Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport konzentriert.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: André Stinka,
SPD-Landesverband NRW,
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Christian Obrok
E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de
INTERNET: www.nrwspd.de